

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig und der Stadträte zu Großschönau und Zwenkau behördlich bestimmte Blatt, außerdem enthält die Leipziger Volkszeitung die amtlichen Bekanntmachungen der Städte Markranstädt, Pöggendorf und Taucha

Bezugspreis mit Inskr. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Bringerlohn 2.—, für Selbstabholer 1.90 Mk. — Durch die Post bezogen 2.— Mk. ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72206. Postkassenkonto: Leipziger Buchdruckerei K. G., Leipzig Str. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 72206. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 72206

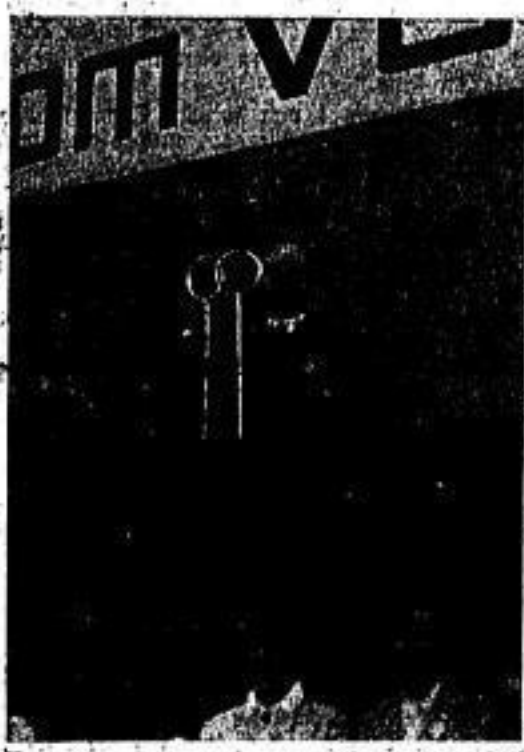
Inseratenpreise: Die 10 Spalten, Kolonelle 35 Wfg., bei Platzvorschrift 40 Wfg.
Famillennachrichten von Privaten mit 50% Nachlaß. Stellenangebote 10 Gels.
Kolonelle 25 Wfg. Reklamezeile 2 Mk. Inserate von auswärts: die 10 Spalten,
Kolonelle 40 Wfg., bei Platzvorschrift 50 Wfg., Reklamezeile 2,25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Gegen den Faschismus — für die Republik

Gewaltige Kundgebung des Reichsbanners in Halle — Imposante Demonstration in Schkeuditz

12 000 Republikaner marschieren auf



Genosse Waentig spricht



Die Demonstration auf dem Roßplatz

In der Stahlhelm-Hochburg

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

ri. Halle, 10. Mai.

Nach wie Halle eine derartig wichtige Demonstration gesehen wie jene, die am gestrigen Sonntag den Auftakt der Kundgebungen des Gaues Halle, Magdeburg, Leipzig und Thüringen bildete. Vom frühen Morgen ab waren die Straßen besetzt mit Lastautos und Radfahrern; aus einem Umkreise von mehr als hundert Kilometern strömten die Republikaner der Saalestadt zu. Der Gau Leipzig war mit 80 Lastwagen unterwegs; davon 50 allein aus der Stadt Leipzig. Etwa 2300 Kameraden kamen von hier. Der Gau Magdeburg und Uhalt kam in 70 großen Lastwagen mit 2400 Mann; ebenso strömten aus dem Gau Thüringen über 2000 Reichsbannerleute nach Halle. Vom Gau Halle, der gleichfalls außerordentlich gut vertreten war, stellte besonders der Mansfelder Bezirk viele Teilnehmer. Insgesamt waren es mehr als 12 000 Republikaner, die Halle einen Festzug vor Augen führten, wie er auch nach dem Urteil politischer Gegner bisher dort einzigartig war.

Der große Festplatz, über den ein Sturmvogel-Flugzeug seine Kreise zog, sahe ebensoviel Zuschauer und Zuhörer, als Soldaten der Republik aufmarschiert waren. Der Gauführer von Halle, Kamerad Drescher, begrüßte alle Teilnehmer, die trotz der großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten gekommen waren, um in Halle, der Stadt mit den starken politischen Gegensätzen, zu zeigen, daß die Republik unangreifbar ist, auf das herzlichste. Vertreten war das preußische Ministerium, durch den Handelsminister, Kameraden Dr. Schreiber, und durch Genossen Dr. Waentig; außerdem der Regierungsbezirk durch den Regierungspräsidenten v. Sarnack.

Der 2. Bundesvorsitzende des Reichsbanners, Genosse Höltermann, überbrachte die Grüße des wegen schwerer Krankheit verhinderten Bundesführers Hörning. — Wir haben, so führte Höltermann aus, den Gegnern der Republik gezeigt, daß trotz des 14. September die Republik bleiben wird. Wir pfeifen auf die Eide eines Hitler; unsere Existenz genügt als Sicherheit dafür, daß er „legal“ bleiben wird, bis er alt und grau sein wird. (Zustimmung). Unseren Gegnern sehen wir nicht aufs Maul, sondern auf die Hände! Unseren Freunden aber legen wir, daß es not tut, daß jeder von ihnen in unseren Reihen mitmarschieren. Und wir werden marschieren, wo immer uns die Republik ruft! (Bravo!)

Minister Dr. Schreiber betonte in seiner Ansprache, daß heute der Kampf nicht mehr um die Staatsform, sondern um den Staat selber gehe. „Was hat es für einen Sinn, daß gerade die radikale Rechte so auf Newakeln in Preußen drängt, nachdem sich gezeigt hat, daß die Wahl rechtsstehender Abgeordneter gar keinen Zweck hat, da diese in den Parlamenten doch nicht mitarbeiten, vielmehr die Pflicht ergreifen, nachdem sie sich dort hinreichend

blamiert haben!“ (Sehr richtig, Lachen.) Die Arbeit, die das Reichsbanner für die Verbreitung und Vertiefung des republikanischen Gedankens leistet, sei gewaltig. Den Freunden der Diktatur aber muß gesagt werden, daß sowohl das faschistische Italien als auch Sowjetrußland beide in schwerster Wirtschaftskrise sich befinden. — Die Verleumdung der preußischen Regierung, die sich der Stahlhelm geleistet hat, indem er sie verächtigte, die Geschäfte der Franzosen zu besorgen, beweist, wie tief Sitte und Achtung und Kameradschaftsgefühl gerade bei jenen gesunken ist, die überheblich glauben, allein „national“ zu fühlen. „Den ehrlichen Republikanern aber gilt mein Gruß!“

Genosse Minister a. D. Waentig betonte, daß das Reichsbanner zwei große Aufgaben zu erfüllen habe und ihnen auch immer nachgekommen sei: Kampf gegen die Feinde der Republik von rechts und links und Pflege des lebendigen Staatsgefühles. Mit einem Hoch auf die Republik schloß er seine Ansprache.

Dann folgte der lange Vorbeimarsch der Kameraden am Bundesbanner und der Zug durch die Straßen Halles; den Schluß bildete die „rote Kavallerie“, die Motorradstaffel, die sich aus Teilnehmern rekrutierte, die zum Teil weithin aus Sachsen, Thüringen und Preußen gekommen waren. Nazis und Kommunisten gemeinsam verhielten an einigen Stellen wutentbrannt, aber vergeblich zu töten.

Am Spätnachmittag brachen die auswärtigen Gäste wieder auf. Der Gau Leipzig veranstaltete auf der Rückfahrt in Schkeuditz eine imposante Kundgebung, bei der der Gauführer von Leipzig, Genosse Pfugl, eine eindrucksvolle Ansprache an die Freunde und Feinde der Republik hielt.

Schaufenster frache!

Die Oktoberkrawalle planmäßig von den Nazis vorbereitet

SPD. Die Ermittlungen der Berliner Politischen Polizei zur Aufklärung der schweren Krawalle am Tage der Reichstagsauflösung haben jetzt zu der Feststellung geführt, daß die Tumulte, bei denen eine große Zahl Schaufensterheben durch Steinwürfe zertrümmert wurden, von den Nationalsozialisten vorbereitet und planmäßig durchgeführt worden sind. Die nationalsozialistischen Sturmabteilungen haben sich seinerzeit zum Teil in geschlossenen Formationen in die Nähe des Reichstagsgebäudes begeben. Soweit die Abteilungen sich dazu eines Verkehrsmittels bedienten, wurde das Fahrgeld aus der Parteikasse ersetzt. Die Pläne zur Vorbereitung der Krawalle reichen sogar bis nach Brandenburg an der Havel. Von dort war z. B. auf Anordnung von Berlin ein Sturm als Verstärkung angefordert worden.

Es ist durch Festnahmen, Verhöre und Zeugenvernehmungen festgestellt worden, daß die Fensterstürme seinerzeit unter einer heftigen Leitung gestanden haben.

Die Gummitwand

Der Kampf gegen den § 218

Von Dr. Karl Crede.

Auf einmal sind sie alle dafür. Kämlisch dafür, daß auch die soziale Lage der Schwangeren mit berücksichtigt werden soll, wenn es sich darum handelt, wegen gesundheitlicher Störungen einer Schwangeren zu unterbrechen. Noch vor wenigen Jahren las man es anders. Als man vor vier Jahren in Lüneburg die mehrwöchige Verhandlung gegen mich und meine zwei Kollegen begann, stellte sich der Vorsitzende des Gerichts zunächst auf den juristischen Standpunkt, daß eine Schwangerschaftsunterbrechung in jedem Falle strafbar sei, auch dann, wenn sie unternommen würde, um das Leben der werdenden Mutter zu retten. Dieser Richter fuhte auf Reichsgerichtsentscheidungen, und, wie man mir sagte, mit Recht. Auch der jetzt so oft zitierte Geheimrat Winter hat in seinem Werk, auf das Staatsanwalt, Gericht und Sachverständige nahezu wie auf das Evangelium schwuren, festgelegt, daß die Berücksichtigung der sozialen Indikation ein Abgleiten bedeute, das nahezu den Ruin der ärztlichen Ethik herbeiführen würde. Jedesmal, wenn ein Arzt auf Grund des § 218 vor Gericht gezogen wurde, erlebten wir eine begeisterte Stellungnahme gegen ihn von Seiten der „offiziellen Ärzteschaft“. Das ist eine ganz kleine, sagen wir einmal, Obersicht, Vorsitzende, Mitglieder der Ärztekammern, Ehrenrichter, Sachverständige, Medizinalräte.

Noch besser ein anderer Vergleich. Die für Jahrhunderte feststehende Meinung, die sich diese Kuserwäldchen über unsere Bevölkerungspolitik gemacht haben, ist aus festem, dicken Gummi. Alle Versuche, gegen diese Gummitwand anzugehen, waren daher von vornherein zur Ohnmacht verurteilt, wenn man sich der landläufigen Methoden bediente, denn ein altes Sprichwort besagt ja schon: „Man kann nicht mit dem Kopf durch die Wand rennen.“ Und nun gar durch eine Gummitwand. Darum haben wir auch auf die veralteten Methoden verzichtet. Wir schneiden jetzt mit Messern — scharfen gedruckten und gesprochenen Worten — in diese uns widerwärtige graue Masse. Manchmal nehmen wir auch eine starke Stielklinge, das sind unsere Theaterstücke. Es stinkt dann zwar fürchterlich infolge der Hundsgemeinen und üblen Pressekritiken, die auf uns herniederhageln, aber das stört uns gar nicht, wir sind ja Ärzte und gewohnt, unsere Geruchsnerven einmal ausschalten zu können.

Da sehen wir nun zu unsrer Freude, daß in der Gummitwand ein ganz kaptales Loch entstanden ist, durch das schon die helle Sonne hereinblinzt, und dieses Loch heißt: „Die Mitanererkennung der sozialen Indikation.“ Wir wollen nun nicht so gehässig sein und behaupten, daß die Häupter der Junst etwa den Mantel nach dem Winde drehen, wir wollen nicht annehmen, daß sie sich vielleicht sagen, wenn wir allzuheftig gegen den Strom schwimmen, müssen wir elend verkaufen, unsere durch das Alter geschwächten Kräfte langem dazu nicht mehr. Wir könnten nicht wieder gewähnt werden, wir könnten um unser ganzes Ansehen kommen, oder, was noch schlimmer ist für gefährtere Leute, man könnte uns als feil, verbraucht und reif für die Rumpelkammer betrachten. Diese Gedankengänge wollen wir nicht als Bekehrungsmotiv der Führerschaft annehmen, sondern die Liebe zu unserem Stande, die kollegiale Zuneigung, die uns mit jedem deutschen Arzt verbindet, obwohl wir manchmal nicht sehr gut von den Kollegen behandelt worden sind, gebiete uns anzunehmen, daß es allgemach auch in diesen Hirnen zu dämmern beginnt. Immerhin müssen wir es als eine ganz geschickte Kampfesweise betrachten, daß die Aristokratie des ärztlichen Standes ein von uns im Sturm erobertes Außenwerk — die soziale Indikation — auf dem schon unsere Fahne weht, jetzt völlig preisgibt und behauptet, diesen Teil der Befestigung haben wir überhaupt nie besetzt gehabt, den haben wir schon lange geräumt. Unsere Fahne weht dort lustig im Winde. Das beweisen die Abstimmungen und Eingaben großer Ärzteguppen, speziell der Berliner Ärztinnen in der Ärztekammer Berlin, und ganz besonders die Abstimmung der Hamburger Ärzteschaft. Es ist nun nahezu uninteressant, sogar für die Ärzte, in das verlaufene Gebilde des Fragebogens allzu tief einzubringen, darum wollen wir gleich den Kern herausziehen. Es kommt nicht so sehr darauf an, daß ganz große Widerheiten für die unbedingte Freigabe, und ein großer Bruchteil für die soziale Indikation allein als Grund zur Unterbrechung ausgesprochen haben. Wir, die wir jahrelang gegen den § 218 kämpfen, sind uns über die Gefahren dieser unbedingten Freigabe, die man ja ganz gut als „Recht auf den